EINGEGRENZT IN USTER

PROGRAMM IM STADTPARK USTER
13 – 17 Uhr Infocafé

AB 13 UHR
Experi Theater *Performance*

13:30 UHR
Roma Jam Session art Kollektiv *Detox Dance*

14:30 UHR
Notunterkünfte im Kanton Zürich *Input & Gespräch*

16 UHR
Was können wir tun? *Austausch & Vernetzung*

AB 14 UHR
Ausweis-Kiosk *Workshop*
Fussball

AB 18 UHR
Salon Bastarde im friz (Zürichstrasse 30)

Autonome Schule Zürich
bildung-fuer-alle.ch

solinetz
FREIPLATZAKTION ZÜRICH
Rechtshilfe Asyl und Migration

spaz
Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich

SALON BASTARDE

EINGEGRENZT IN USTER

Aktionstag zur Situation in den Zürcher Notunterkünften

14. Mai 2017 13 – 17 Uhr

Stadtpark Uster

www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch

In Uster befindet sich eine von fünf Notunterkünften (NUK) im Kanton Zürich. Es handelt sich um einen unterirdischen Zivilschutzbunker am Waldrand, direkt neben der Autobahn, unter einem Schiessstand. Untergebracht sind hier ca. 60 Personen. Die meisten von ihnen haben einen negativen Asylentscheid bekommen. Gegen viele von ihnen wurde eine Eingrenzung auf das Gemeindegebiet Uster verfügt. Wenn sie Uster verlassen, können sie mit bis zu 3 Jahren Haft bestraft werden.

Auch sonst stehen die Menschen aus der NUK Uster unter sehr grossem Druck. Sie müssen von 8.50 Franken am Tag leben. Eine schier unmögliche Aufgabe. Viele leiden unter massiven Schlafstörungen und anderen psychischen Problemen. Durch den negativen Asylentscheid gelten sie in der Schweiz als «illegal». Das bedeutet, dass man sie jederzeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilen kann. Mehrmals pro Woche kommt die Polizei und verhaftet Menschen. Alle leben unter der permanenten Angst, dass es sie als nächstes treffen könnte.

Betrieben wird die NUK Uster von der privaten Firma ORS Service AG. Im grossen Stil verwaltet sie Asylunterkünfte in verschiedenen europäischen Ländern. Dabei kassiert sie staatliche Pauschalen und versucht am Ende möglichst viel eigenen Profit einzustreichen. Ein Geschäftsmodell, das darauf angelegt ist, auf dem Rücken derjenigen ausgetragen zu werden, die in den ORS Unterkünften leben müssen.

Verantwortlich für diese Politik im Kanton Zürich ist SP-Regierungsrat Mario Fehr. Seine Argumentation lautet: «Diese Menschen sind abgewiesen. Sie müssen gehen. Deshalb greifen wir zu diesen Massnahmen.» Aber so einfach ist es nicht: Die individuellen Geschichten sind deutlich komplizierter. Die Gründe, warum diese Menschen die Schweiz nicht verlassen oder verlassen können, sind vielfältig. Wer Angst hat in sein oder ihr Land zurückzukehren, wird diese Angst weiter haben, auch wenn das Asylgesuch offiziell abgelehnt wurde. Auch ist es in den verzweigten und oft langwierigen Migrationswegen zudem oft schwierig geworden, die Frage nach der eigenen Herkunft klar zu beantworten. Manche Leute haben Familie in der Schweiz oder in einem anderen europäischen Land. Eine ganze Reihe von Menschen lebt seit vielen, vielen Jahren hier. Sie sind ein Teil dieser Gesellschaft geworden, wenn auch in ihrem Schatten.

Diese Menschen bleiben Menschen. Auch, wenn ihr Asylentscheid abgelehnt wurde. Auch, wenn die Gründe für ihr Handeln und ihre Entscheidungen nicht immer unmittelbar zu verstehen sind. Sie bleiben Menschen. Und das Menschsein gibt ihnen Rechte.

Die Massnahmen, wie sie derzeit in den Notunterkünften im Kanton Zürich angewendet werden, greifen massiv in diese Rechte ein. Sie sperren Menschen ein, die nichts verbrochen haben. Isolieren sie an abgelegenen Orten. Trennen sie von Freundinnen, Freunden und Familie und schneiden sie ab von Zugängen zu Rechtsberatung oder auch medizinischer Unterstützung.

Aufgrund dieser Situation hat sich im letzten Jahr das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird…» gebildet, ein Zusammenschluss aus verschiedenen Organisationen, die juristisch und politisch im Bereich Migrations- und Asylpolitik tätig sind, darunter die Autonome Schule Zürich, das Solinetz, die Freiplatzaktion Zürich und die Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich. Mit regelmässigen Besuchsgruppen versucht das Bündnis die Menschen in den Notunterkünften mit Rechtsberatung und sozialem und politischem Engagement zu unterstützen.

Am **Sonntag, den 14. Mai** veranstaltet das Bündnis gemeinsam mit Bewohnern der NUK Uster einen **Aktionstag im Stadtpark von Uster.** Dabei soll es in erster Linie darum gehen, die Bevölkerung von Uster über die Situation in den Notunterkünften zu informieren und ein gemeinsames, öffentlich sichtbares Zeichen gegen Zwangsmassnahmen und Entrechtung und für mehr Solidarität, Menschlichkeit, Engagement und Widerstand zu setzen.

Von 13 – 17 Uhr wird es ein Infocafé im Stadtpark geben. Hier kann man sich informieren, sich austauschen, kritische Fragen stellen, eigene Erfahrungen einbringen, mit Menschen aus der NUK Uster ins Gespräch kommen, Kontakte knüpfen. Daneben gibt es verschiedene künstlerische Aktionen, Workshops und Fussball auf der Wiese.

Alle Bewohnerinnen und Bewohner von Uster sind herzlich eingeladen, am Aktionstag am 14. Mai teilzunehmen.

Weitere Informationen:
www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch

Kontakt:
info@wo-unrecht-zu-recht-wird.ch